

Das doppelte Reflexionsproblem in der Ökonomik

Katrin Hirte

Das doppelte Reflexionsproblem in der Ökonomik

*Katrin Hirte**

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis.....	1
1 Das doppelte Reflektionsproblem	2
1.1 Die ökonomische Sphäre als spezifische herausgebildete Regulationssphäre für Bewirtschaftung	3
1.2 Die unterschiedlichen Zielsetzungen in der Bewirtschaftungssphäre und der ökonomischen Sphäre	4
1.3 Ökonomik als geschichtslos und definitionslos	4
2 Fehlendes Reflektionsvermögen – fehlendes Reaktionsvermögen	6
2.1 Zur Grunddefinition der Ökonomie	6
2.2 Zum Problem Wirtschaftsakteure.....	7
2.3 Zur Rolle des Staates.....	13
3 Wider die Selbstüberlassung wirtschaftlicher Vorgänge an eine nicht reflektierte Ökonomik.....	14
Literatur.....	15

* Johannes Kepler Universität Linz, Institute for Comprehensive Analysis of Economy, Altenbergerstraße 69, 4040 Linz; katrin.hirte@jku.at; das vorliegende Paper war die Vorlage für einen gleichnamigen (kürzeren) Beitrags, der zu finden ist in: Hochmann, Lars (Hg): *Economists4future*. Hamburg: Murmann Verlag, 43-58; siehe dazu auch den [Interviewbeitrag](#) in *agora24*.

Das doppelte Reflexionsproblem in der Ökonomik:

Wie die Ökonomik ihren Gegenstand verfehlt und sich gleichzeitig ihrer Wirkung auf ihn entzieht

Im nachstehenden Beitrag wird die These vertreten, dass in den Wirtschaftswissenschaften ein grundsätzliches und zugleich doppeltes Reflexionsproblem besteht. Es ist mitverantwortlich für die mittlerweile desaströsen Folgen des Wirtschaftens – fatal für den Großteil der Menschen auf der Erde und katastrophal für den Zustand des Planeten.

1 Das doppelte Reflektionsproblem

Dieses Reflexionsproblem besteht erstens in der unreflektierten Gleichsetzung des Bewirtschaftens als Sphäre des Ressourcenumgangs auf der Erde mit der Sphäre der Ökonomie als Organisations- und Regulationsstruktur zu diesem Umgang. Dies ermöglicht, ökonomische Verhältnisse als quasi-natürliche zu vermitteln. Nichts signalisiert dieses Problem so deutlich wie der beliebte Begriff „Marktwirtschaft“, bei dem die Gleichsetzung dieser beiden Sphären deutlich erkennbar ist: Wirtschaft steht für die Sphäre des Bewirtschaftens und Markt für die Sphäre der ökonomischen Regelung dieses Wirtschaftens – wobei Markt in der heutigen Ökonomik aber als Synonym für eine angebliche Selbstregelung dieser Sphäre steht. Aber Bewirtschaftung ist nicht automatisch eine Marktökonomie, so wie Produktionsmittel nicht automatisch Kapital sein müssen und Arbeit nicht Lohnarbeit. Sondern die Bewirtschaftung der Ressourcen der Erde durch den Menschen wurde in eine Marktökonomie umgewandelt und die Regelungen dazu haben auch Ökonom*innen mitgeschaffen.

Hierin besteht das zweite Reflexionsproblem in der Ökonomik: Sie blendet ihre eigene, aktiv mitgestaltende Rolle in diesem Prozess aus – sei es hinsichtlich der Bestimmung dessen, was ein Bruttosozialprodukt ist¹, der Festlegung, welche Regeln für Unternehmen gelten, oder der Entwicklung von Berechnungsformeln für Finanzmarktprodukte.² Durch all diese Bestimmungen werden sowohl die Bewirtschaftungssphäre als auch die ökonomische Sphäre mitgestaltet, denn Wissen webt sich beständig in das Geschehen der Gesellschaft ein. Dass darin eine gestaltende Kraft liegt, nimmt die Ökonomik kaum zur Kenntnis.

¹ Zu solch „sozialen Tatbeständen als Dinge“ siehe umfangreich in: Desrosières (2005).

² Zu dieser Debatte siehe insb. MacKenzie und Millo (2003); MacKenzie (2006); MacKenzie (2007).

1.1 Die ökonomische Sphäre als spezifische herausgebildete Regulationsspäre für Bewirtschaftung

Soziologisch gesehen gehören die Vorstellungen zur Organisations- und Regulationsstruktur des Wirtschaftens zu einer sogenannten zweiten Reflexionsebene, die in der Soziologie – hier in der Strukturierungstheorie von Anthony Giddens – als „Konzepte zweiter Ordnung“ bezeichnet werden. Diese Konzepte werden seitens der Wissenschaften entwickelt und zu „Konzepten erster Ordnung“, wenn sie „[...] innerhalb des gesellschaftlichen Lebens angeeignet werden [...]“ (Giddens 1997, S. 338). Dann bilden diese Konzepte erster Ordnung die Sphäre der Ökonomie als den Bereich, in dem über die Art und Weise der Bewirtschaftungsvorgänge entschieden wird und somit über den Umgang mit Ressourcen, über Verteilung, über Verantwortlichkeiten usw. und dies mittels der dazugehörigen geschaffenen Institutionen – ob dies Unternehmen, Organisationen, Ämter oder erlassene Gesetze und Vorschriften sind.

Bei dieser Differenzierung in Konzepte erster Ordnung und Konzepte zweiter Ordnung geht es weder um Spitzfindigkeiten bei der Wortwahl noch um die Suggestion, dass es einfache Antworten auf die drängenden Probleme gäbe, die aus den Folgen einer derzeit fast ungezügelter Ökonomisierung auf der Erde entstanden sind – aktuell noch verschärft durch die Corona-Pandemie und ihre Folgen. Sondern es geht darum, einen wesentlichen Unterschied zu verdeutlichen, um bei der Frage nach ökonomischer Entwicklung handlungsfähig zu sein bzw. Gestaltungsmacht dabei (wieder) richtig einordnen zu können: Bewirtschaftungssphäre und ökonomische Sphäre sind nicht deckungsgleich! Und gerade die Auswirkungen der Pandemie machen überdeutlich, dass zwischen diesen Bereichen unterschieden werden muss.

Denn ausgerechnet in dieser Krisensituation wird das praktiziert, was in »Normalsituationen« als undenkbar proklamiert wurde: Per politischem Beschluss werden bestehende ökonomische Gegebenheiten, die ansonsten als „objektive Sachzwänge“ und sich selbst regulierende Selbstläufer³ proklamiert werden, zu derzeit geltenden wirtschaftspolitischen Regularien, die daher aufgrund der drohenden Ausbreitungsdynamiken des Corona-Virus geändert wurden – weil sie eben *Regularien* sind. Gleichzeitig tritt dadurch zutage, wie stark diejenigen Bewirtschaftungsbereiche, die der direkten Versorgung des Menschen dienen, bereits in die ökonomische Sphäre involviert worden sind – mit negativen Folgen, wie aktuell angezeigt am Bereich Gesundheit und Pflege.

³ Was daher nicht grundlos Michael Callon (2007, S. 315) zu der ironischen Bemerkung veranlasste, bei sich selbst regulierenden Märkten ist „[...] economics [...] a futile luxury.“

1.2 Die unterschiedlichen Zielsetzungen in der Bewirtschaftungssphäre und der ökonomischen Sphäre

Woran liegt das? Auch dies hat wiederum mit der Grundunterscheidung zwischen Bewirtschaften und Ökonomie zu tun. Denn mit der stillschweigenden Identifikation der Bewirtschaftungssphäre als eine ökonomische Sphäre wird unreflektiert angenommen, dass die Zielsetzung in beiden Sphären die gleiche sei. Aber mit der Umwandlung der Bewirtschaftungssphäre in eine ökonomische ändert sich auch die Zielsetzung, die diesen Wandel überhaupt erst verursacht. Diese Änderung ist schon an der Wortherkunft erkennbar: *Bewirt-Schaften* bezeichnet den Vorgang, bei dem der Mensch mit dem haushaltet, was er in die „Bewirtung“ seiner selbst einbezieht. Die griechische Auffassung von Oikonmia umfasste daher den Haushalt (oikos), der behütet bzw. geregelt wird (nemein). Eine Chrematistik hingegen – der Gelderwerb um des Gelderwerbs wegen – wurde schon im antiken Denken von der Oikonmia unterschieden.

Ökonomie hingegen umfasst heute alles, was der Mensch institutionalisiert hat, um dieses Wirtschaften regelgeleitet mit dem Ziel des Gelderwerbes zu realisieren, basierend auf Kapital, dem Privateigentum an allen Ressourcen, mit dem es gelingt, aus dem Bestehenden ein Mehr zu realisieren. Pointiert drückten dies Paul Samuelson und William Nordhaus zwar in ihrem Lehrbuch „Volkswirtschaftslehre“ aus, indem es dort von ihnen heißt, jeder würde sein Kapital so einsetzen, dass man „[...] daraus den größtmöglichen Wert bezieht.“ (Samuelson und Nordhaus 2007, S. 52) Aber dabei wird nicht erklärt, was Kapital ist. Dies ist kein Zufall, denn eine geschichtslose Ökonomik kennt auch keine Entstehung von Begrifflichkeiten sowie die Institutionalisierung der Ideen, die hinter diesen stehen.

1.3 Ökonomik als geschichtslos und definitionslos

„Moderne“ Ökonomie beginnt nach allgemeinem Kanon mit Adam Smith und ab da geht es in dieser Wissenschaftsdisziplin eher gespenstisch zu. Eine „unsichtbare hand“ reguliert die ökonomische Sphäre bzw. man könne diese metaphor auch gleich mit „Märkten“ ersetzen, die somit zu Akteuren erklärt werden. Als sich die Ökonomik noch stärker an die Physik anlehnte, lernten Student*innen noch, Märkte seien „Mechanismen“.

Weder die Geschichte solcher Auffassungen ist in den heute gängigen Lehrbüchern zu finden – hier gilt: Wozu sich um die falsche Meinung von Toten kümmern?“ (Boulding 1971, S. 559) Noch werden Grundbegriffe der Ökonomie widerspruchsfrei verwendet oder definiert. Dies lässt sich gerade am Kapitalbegriff deutlich aufzeigen.

Kapital wird von z. B. Paul Samuelson und William Nordhaus – wieder spiegelgleich der nicht reflektierten Unterscheidung in Ökonomie und Bewirtschaftung – zweifach verwendet. Einerseits wird Kapital (wie oben zitiert) als ökonomisches Instrument zur Werterzeugung verstanden, aus dem man „[...] Wert bezieht [...]“ (Samuelson und Nordhaus 2007, S. 49), was an Marx' „Wert heckender Wert“ erinnert (Marx 1963, S. 86). Andererseits heißt es, mit Kapital würden Produktionsfaktoren gemeint und dies seien ganz pragmatisch lauter Dinge, eine „[...] Palette an Gebäuden, Maschinen, Computern, Software und vielen anderen Dingen. Diese sind die Produktionsfaktoren, auch Kapital genannt.“ (Samuelson und Nordhaus 2007, S. 61) Warum man solche Dinge nicht nur Produktionsfaktoren nennt, sondern Kapital, bleibt dabei unbeantwortet.

Da es auch noch Arbeit als Produktionsfaktor gibt, heißt es dann 278 Seiten später, es gäbe auch „Humankapital“ (Samuelson und Nordhaus 2007, S. 339). Wie Kapital sowohl „Ding“ sein kann als auch ein Mensch bzw. dessen „Einsatz“ in der Ökonomie, wird dann zwar über die Unterteilung in „primäre“ und „sekundäre“ „Produktionsfaktoren“ „sortiert“ (Samuelson und Nordhaus 2007, S. 61). Aber die Ausgangsfrage dabei bleibt: Warum werden Produktionsfaktoren nicht nur „Produktionsfaktoren“ genannt, sondern ebenso auch „Kapital“? An anderer Stelle heißt es von Paul Samuelson zum Zusammendenken aller Produktionsfaktoren, es ginge um „jelly“, um Gallertmasse (Samuelson 1962, S. 200). Damit wiederholte er exakt das, was schon 1913 Rosa Luxemburg kritisierte, als es von ihr hieß, in der herrschenden Ökonomie ginge es statt um Akkumulation um „Wachstum“ und somit unreflektiert (nur) um das Beobachten von einem Anwachsen eines „[...] unterschiedslosen Warenbreis und dessen Wertmasse.“ (Luxemburg 1975 (1913), S. 131)

Das Verständnis von Kapital als Vermögen (siehe hier z. B. James Steuart (1796, S. 53) in seiner fünfbändigen *Inquiry into the Principles of Political Economy*, die neun Jahre vor Smith *Wealth of Nation* erschien), von der Wortherkunft schon so begriffen und daher auch in der Ökonomie lange so präsent,⁴ – ist bei der heutigen Handhabung des Begriffs ebenso verloren gegangen wie die Frage, was man mit Kapital vermag. Und obwohl dieses Vermögen, bei dem jeder „[...] daraus den größtmöglichen Wert bezieht“ (Samuelson und Nordhaus 2007, S. 52) Kernanliegen jedes Akteurs in der heutigen Ökonomie sein soll, ist auch selbst der Begriff verschwunden und der Kapitalismus wird lieber indifferent als „*Markt-Wirtschaft*“ bezeichnet, bei dem wiederum Wirtschaften und Ökonomie gleichgesetzt sind.

⁴ Zu einer frühen Analyse der Verwendung des Kapitalbegriffs siehe z. B. Hermann (1832, S. 50ff.)

2 Fehlendes Reflektionsvermögen – fehlendes Reaktionsvermögen

Eine Abkehr von diesem indifferenten Herangehen bedeutet daher eine Abkehr von dem grundsätzlichen Denken, das mit der heutigen Ökonomik transportiert wird und bei dem die Vermischung von Bewirtschaften und Ökonomie eine zentrale Rolle spielt. Hinzu kommt eine dazu komplementäre Wissenschaftsauffassung in der Ökonomik, mit der die performative Dimension ebenso nicht erfasst wird: In der Einbildung, dass in den Sozialwissenschaften ebenso wie in den Naturwissenschaften eherne Gesetze gelten würden, wird hier einem Phantom nachgejagt, was noch nicht einmal in den Naturwissenschaften erfolgt. Denn auch dort ist man bereit, mit wachsenden Einsichten vordem angenommene grundsätzliche Auffassungen aufzugeben – ob einen geobasierten Bezug in der Astronomie oder einen feststehenden Raum-Zeit-Bezug in der Physik. Mit diesem Vorgehen werden in den Naturwissenschaften sukzessive neue Zusammenhänge entdeckt.

In den Sozialwissenschaften hingegen besteht die Herausforderung darin, dass sich die Auffassungen zum Bestehenden mit der gesellschaftlichen Entwicklung mitentwickeln müssen – eine Herausforderung, der sich die Ökonomik seit Jahrzehnten nicht zu stellen vermag, da sie die Institutionalisierung von Konzepten zweiter Ordnung nicht kennt, sondern Gegebenes einfach als zeitlos immer schon da seiendes nimmt.

Wie dieses zweifache Reflexionsproblem erkennbar ist und erfolgt sowie welche verheerenden Auswirkungen dies hat, soll nachstehend zu drei Schwerpunkten kurz verdeutlicht werden: (1) zur Grundauffassung der Ökonomie, (2) zum Problem Wirtschaftsakteure und (3) zur Rolle des Staates.

2.1 Zur Grunddefinition der Ökonomie

Die Vermengung von Bewirtschaften und Ökonomie beginnt schon auf der grundsätzlichen Ebene – zum definitorischen Verständnis von Ökonomik. Denn dies wird in den gängigen Lehrbüchern definiert als „[...] Wissenschaft vom Einsatz knapper Ressourcen zur Produktion wertvoller Wirtschaftsgüter [...]“ (Samuelson und Nordhaus 2016, S. 24). Und diese Entscheidung treffen Wirtschaftsakteure. Damit entspricht diese Definition der schon von Lionel Robbins vor 88 Jahren aufgestellten:

„Economics is the science which studies human behaviour as a relationship between ends and scarce means which have alternative uses.“ (Robbins 1932, S. 15)

Bei dieser Grundannahme – Ökonomie als Wissenschaft von Entscheidungen zwischen Zwecken und knappen Mitteln seitens von Wirtschaftsakteuren – sind somit die Folgen dieses Entscheidens von Anbeginn aus der Ökonomie ausgeschlossen. Sie werden als „externe

Effekte“ – als unkompensierte Auswirkungen dieser ökonomischen Entscheidungen – behandelt, für die niemand zahlt oder einen Ausgleich leistet, obwohl die Entscheidenden die Verursacher*innen sind. Oder sie werden – nun wieder zu Verwertungszwecken – in die Ökonomie hineingezogen und noch einmal verwertet – siehe z. B. das Funktionieren von Emissionsmärkten. Diese – schon im wörtlichen Sinne – *verantwortungs-lose* Grunddefinition der Ökonomie wird mit den immer weiter steigenden Umweltschäden und den daraus resultierenden gesellschaftlichen Folgen aber zukünftig nicht mehr durchhaltbar sein.

Gleichzeitig ermöglicht die Gleichsetzung von Wirtschaft und Ökonomie, dass Forderungen nach der Begrenzung von Wirtschaftswachstum oder Kompensation der verursachten Schäden geradezu erpresserisch abgewiegelt werden. Auch dies ist nur möglich, weil zwischen Bewirtschaftung und Ökonomie nicht unterschieden wird: Es werden Drohszenarien zu deflationären Entwicklungen entworfen, Krisen und Arbeitslosigkeit prognostiziert, Kollapsdystopien ausgemalt und too-big-to-fail-Ansprüche gestellt. Aber Wirtschaftswachstum ist nicht gleichzusetzen mit ökonomischem Wachstum.

Auch dies wird an der Corona-Pandemie wie durch ein Brennglas deutlich, wenn auf einmal in Erwägung gezogen wird, dass es Wirtschaftsbereiche geben kann, welche der Konkurrenzökonomie und damit dem ökonomischen Wachstumszwang entzogen werden. Dies zeigt: Ob und welche wirtschaftlichen und hier insbesondere physischen Ressourcen der derzeit praktizierten ökonomischen Verwertungspraxis unterliegen, ist letztlich eine Frage politischer Entscheidungen und keine unausweichliche Gegebenheit angeblicher ökonomischer Zwangsgesetze.

2.2 Zum Problem Wirtschaftsakteure

Kompatibel zur Grunddefinition der Ökonomie wird – auch hier in Vermengung von Bewirtschaften und Ökonomie – suggeriert, dass die Situation der Wirtschaftsakteure eine ebenso quasi-natürliche sei wie die Bewirtschaftung der planetarischen Ressourcen durch eine Konkurrenzökonomie.

Dabei wird erstens suggeriert, dass begrenzte Bedürfnisse eine „natürliche“ Ursache hätten. Und zweitens seien Wirtschaftsakteure auch in ihrer Mittelverwendung de facto begrenzt, da ja auch die Ressourcen des Planeten begrenzt seien. Hier werden gezielt die persönliche und die gesellschaftliche Ebene vermischt und dies in Kombination der Vermischung von physischen Vorgängen mit gesellschaftlich regulativen. Bei erster Argumentation – dass begrenzte Bedürfnisse eine „natürliche“ Ursache hätten – wird auf ernährungsphysiologische Vorgänge insistiert, welche für alle Lebewesen gelten und daraus ein „ökonomisches Gesetz“

postuliert. Dieses „Sättigungsgesetz“ wird den Student*innen mit dem Verspeisen von solch Lebensmitteln wie Schwarzwälder Kirschtorte (siehe z. B. in: Wildmann 2014, S. 70) oder dem Trinken von Bier eingetrichtert (z. B. in: Cezanne 2005, S. 85; Putnoki und Hilgers 2013, S. 49). Und für die zweite Vermittlung – das Eintrichtern einer quasi natürlichen Begrenzung der Mittel – werden die Student*innen sprichwörtlich in die Wüste geschickt, damit sie entlang dem so genannten Wasser-Diamant-Paradoxon einsehen, dass Knappheit situativ als „natürlich“ gegeben hingenommen werden müsse (Frambach 1993, S. 115; Woll 2014, S. 322).

Beide Vermengungen dienen gleichzeitig methodisch der Fundierung einer Ökonomik, in der Grenzwertberechnungen im Zentrum stehen. Die Minimum-Grenze („Sättigung“) sowie die Maximum-Grenze (begrenzte Mittel) sind Voraussetzung für die mathematische Umsetzung dieses Herangehens. Hätte man statt Bier Wasser als Beispiel herangezogen, würde die Sättigungsidee sofort in die Frage nach einer Versorgung in der Zeit umschlagen und somit auf einen der Bereiche gelenkt, die man vor ihrer Einverleibung in die Verwertungsökonomie noch als „Versorgungswirtschaften“ behandelte.

Diese Versorgungsdimension wurde zwangsläufig in der Corona-Pandemie wieder neu „entdeckt“. Damit wird ein nächstes Reflexionsproblem hinsichtlich der Wirtschaftsakteure deutlich: Eine Gleichsetzung aller – ob Krankenschwester, Diamantschleifer*in oder Börsenmakler*in. Dabei wird weder in Versorgungswirtschaft versus übriger Realökonomie unterschieden noch in Realökonomie versus Finanzökonomie (Schulmeister 2013). Eine Egalisierung dieser drei Sphären erfolgt durch die Subsummierung unter eine raum- und zeitlose Allokationstheorie (Rothschild 1997, S. 15ff.).

Gerade durch die Corona-Epidemie wurde dazu deutlich, dass diese Gleichmacherei eine Fiktion ist, weil zwischen Versorgungsökonomie, der darauf aufbauenden Realwirtschafts-ökonomie und der auf diese wiederum aufgesetzte Finanzökonomie ein hierarchisches Verhältnis besteht: Es ist ein Unterschied, ob eine Krankenschwester dafür da ist, Patient*innen zu versorgen oder dafür, Operationen abzusichern, welche die höchsten Einnahmen bringen. Und ebenso ist es ein Unterschied, ob ein Krankenhaus als Versorgungseinrichtung der Gesellschaft gegenüber rechenschaftspflichtig ist oder als Aktiengesellschaft gegenüber ihren Aktionären. Und noch einmal anders ist die Situation, wenn solch Unternehmen an der Börse notiert sind. Denn dann werden nicht nur Gewinne an die Unternehmensanteilseigner abgeführt, sondern durch die Teilhabe am organisierten Finanzkapitalmarkt ist die Situation solcher Unternehmen nun grundsätzlich von den Geschehnissen auf diesen Finanzmärkten abhängig.

Durch eine Ökonomie vermeintlich ohne Regeln wird diese zum Hazardspiel, das schon 1800 (!) von Johann Gottlieb Fichte skizziert und kritisiert wurde:

„Der Erwerb, und aller menschliche Verkehr soll einem Hazardspiele ähnlich seyn. Man könnte diesen Menschen dasselbe, was sie durch Ränke, Bevortheilung anderer, und vom Zufalle erwarten, auf dem geraden Wege anbieten, mit der Bedingung, dass sie sich nun damit für ihr ganzes Leben begnügten, und sie würden es nicht wollen. Sie erfreut mehr die List des Erstrebens, als die Sicherheit des Besitzes. Diese sind es, die unablässig nach Freiheit rufen, nach Freiheit des Handels und Erwerbes, Freiheit von Aufsicht und Polizei, Freiheit von aller Ordnung und Sitte. Ihnen erscheint alles, was strenge Regelmässigkeit und einen festgeordneten, durchaus gleichförmigen Gang der Dinge beabsichtigt, als eine Beeinträchtigung ihrer natürlichen Freiheit. Diesen kann der Gedanke einer Einrichtung des öffentlichen Verkehrs, nach welcher keine schwindelnde Speculation, kein zufälliger Gewinn, keine plötzliche Bereicherung mehr stattfindet, nicht anders als widerlich seyn.“ (Fichte 1800, S. 285-286)

Die schon von Johann Gottlieb Fichte angemahnten „Verwerfungen“ betreffen nicht nur die eklatanten Einkommensunterschiede, welche aus solch einer Ökonomie entstehen, sondern sie sind auch struktureller Art, wie man gerade zu Beginn der Corona-Pandemie deutlich aus den Schlagzeilen ablesen konnte. Dies betraf auch Bereiche der Versorgungsökonomie, welche nicht unmittelbar dem Bereich der Finanzmarktökonomie zugehörig sind, aber unter den hierarchischen Verhältnissen andere strukturelle Verwerfungen aufzeigen, worauf nachstehend kurz beispielhaft eingegangen werden soll.

Der nicht informierte Laie erfuhr hier März 2020, dass es für die Ernte in Deutschland so viel Arbeitsmigrant*innen braucht, wie es überhaupt Landwirt*innen in Deutschland mit über 10 Hektar Fläche gibt – ca. 200.000. Aber anstatt dies zu hinterfragen, galt es, die „deutsche“ Ernte zu retten. Dazu wurde Mitte März sogar beschlossen, die vom Bundesinnenministerium verhängte Einreisesperre für Arbeitsmigrant*innen wieder zu öffnen (Schürer 2020), obwohl diese aus Ländern mit zu diesem Zeitpunkt sehr geringen Corona-Fällen wie Rumänien kamen. Zur Erinnerung: Am 21.03.2020 hatte Rumänien nur 277 Fälle gemeldet (Puhl 2020) und in Deutschland waren es 18.610 Fälle (Robert Koch Institut 2020). Diese Arbeitsmigrant*innen wurden nun in das von der Corona-Pandemie erfasste Deutschland rekrutiert und arbeiteten – in Massenunterkünften oder gar Containern untergebracht – zu dem gehabten Mindestlohn, um deutschen Spargel zu ernten. Der nationale politische Wille, um der Gesundheit willen ökonomische Prozesse zeitweilig anzuhalten, wurde hier gegenüber den osteuropäischen Arbeiter*innen schlichtweg gebrochen. Am 11.04.2020 wurde das erste Todesopfer unter den Erntehelfern gemeldet – ein rumänischer Spargelernter (Leopold 2020).

Niemand stellte dabei zudem die Frage, warum und auf welcher Basis Deutschland viertgrößter (!) Spargelanbauer der Welt ist. Es waren hier weder Politiker*innen noch Ökonom*innen, sondern ein Pfarrer, Peter Kossen, der aufgrund der damit einhergehenden „politischen und ökonomischen Verwerfungen“ (Balcerowiak 2020) am 02. März 2020 an das hier bestehende System der Billigarbeitskräfte-Ausnutzung erinnerte, dass in der Landwirtschaft Deutschlands auch nicht nur für Spargel und Erdbeeren gilt, sondern ebenso für z. B. Schlachthöfe, weshalb er aufrief:

„Will man einfach zusehen, wie Lücken geschlossen werden und die Ausbeutungsmaschinerie für billiges Fleisch weiterläuft oder ist jetzt nicht der Zeitpunkt, die Räder anzuhalten und den Systemwechsel herbeizuführen?“, fragt Kossen. Das System einer Wertschöpfung, die weitgehend auf der Ausbeutung von Arbeitsmigranten aufgebaut ist, sei krank und mache krank. Die Abkehr von diesem kranken System ist längst überfällig!“ (Bönte 2020)

Weiterhin nicht thematisiert wurden und werden die umweltbezogenen Folgeschäden dieser landwirtschaftlichen Praxis. Diese waren während der Corona-Epidemie ja nicht einfach verschwunden.

Auch dies konnte man zu Beginn der Corona-Pandemie aus den Schlagzeilen erfahren, als es hieß, der Deutsche Bundesrat hat am 27.03.2020 – also ca. zwei Wochen nach Beginn der Corona-Pandemie – die neue Düngeverordnung verabschiedete. Wegen dieser hatten Landwirte noch Herbst des vergangenen Jahres mit ihren Trecker-Demos für Schlagzeilen gesorgt. Was hatte die Regierung – nun ganz ohne Demo-Widerstand – da verabschiedet?

In der intensiven Landwirtschaft sind die Landwirte nur das unterste Glied in der Hierarchie der hier installierten Konkurrenzökonomie. Die Landwirte bekamen z. B. 2018 für 1 kg Schweinefleisch ca. 1,50 Euro – das sind ca. 3 Euro Gewinn pro Schwein nach Abzug aller Kosten, was zu immer größerer Massenproduktion zwingt, um die geringen Einnahmen über erhöhte Mengen zu kompensieren. Aber dadurch stiegen auch die dabei anfallenden Fäkalien und deren Ausbringung führte zu hohen Nitratbelastungen. Daher hatte die EU wiederholt Deutschland verwarnt, aber die Bundesregierung hat gestellte Fristen immer wieder verstreichen lassen. Also hieß es Ende 2019 seitens der EU: Wenn die Düngeverordnung Deutschlands nicht endlich den Forderungen angepasst wird, drohen Deutschland Strafzahlungen von bis zu 860.000 Euro – pro Tag! Das sind über 300 Mio Euro im Jahr.

Die Dimensionierungen, um die es hier geht, sind also noch ausgeprägter als die zum Spargel-Beispiel: Deutschland ist der drittgrößte (!) Schweineproduzent der Welt (nach China und den USA) und der größte Schweinefleischexporteur der Welt (Verhaagh et al. 2017, S. 3). Mit

über 27 Millionen Schweinen fallen so im Jahr – zusammen mit den anderen Tierbeständen – über 200 Millionen Kubikmeter Gülle und Jauche an (Heinrich-Böll-Stiftung et al. 2018, S. 20), die irgendwo hin müssen. Aber die landwirtschaftliche Nutzfläche beträgt in Deutschland nur 16 Mio Hektar, während es in China 520 Mio Hektar und in den USA 406 Mio Hektar sind (The World Bank 2016).

Wie wird diese gigantische Massenproduktion von Schweinefleisch in Deutschland zu Lasten der Umwelt und der Menschen, die in dieser arbeiten, ökonomisch reflektiert? Hier heißt es von den zuständigen Agrarökonomen mit dem gehabten Muster des angeblich unausweichlichen Konkurrenzdenkens und dabei zudem mit einer bemerkenswerten nationalistischen Konnotation – hier z. B. in dem Gutachten „Sicherstellung der Wertschöpfung in der Schweineerzeugung“ von Göttinger Agrarökonomen – es gehe um Konkurrenz und in diesem Konkurrenzkampf ginge „[...] die größte Gefahr von den europäischen Wettbewerbern Spanien und Dänemark aus. Dabei sei Spanien [...] der bedrohlichere Konkurrent.“ (Spiller et al. 2005, S. 2)

Der dabei eingenommene nationale Bezug steht dabei gleichzeitig in einem auffallenden Widerspruch zum Selbstverständnis einer ansonsten propagierten „schrackenlosen“ globalen Effizienz-Ökonomie sowie auch der hier maßgeblichen Unternehmen, denn die z. B. drei Unternehmen mit den höchsten Marktanteilen in Deutschland bei Schweineschlachtungen (Tönnies, VION und Westfleisch) agieren selbstverständlich international.⁵

Die gleiche Argumentationsweise findet sich zu anderen Branchen wie z. B. dem Spargelanbau, der ebenso wie später die Schlachthöfe nach Ausbruch der Corona-Pandemie aufgrund der dort beschäftigten Arbeitsmigrant*innen und ihre Unterbringungsbedingungen in die Schlagzeilen geriet. Denn ähnlich hieß es zu dieser Branche: Durch die Erhöhung der Anbaufläche in Deutschland seit 2009 wurden die Anteile des „[...] griechischen, französischen und spanischen Angebots erfolgreich vom Markt verdrängt.“ (Bayrische Landesanstalt für Landwirtschaft 2016, S. 128-129)

Von der Politik wird dieser Konkurrenz-Krieg zu Lasten der ausländischen Arbeitsmigrant*innen überspielt mit einer Selbstdarstellung, bei der die eigene agrarische

⁵ Tönnies hat neben seinen 19 Standorten in Deutschland in Dänemark, Frankreich, Polen, Spanien und Großbritannien Unternehmen (Tönnies Holding ApS & Co. KG 2020). VION, ein Unternehmen mit Firmensitz in den Niederlanden, produziert nicht nur in Deutschland und den Niederlanden (29 Standorte), sondern ist ebenso in Europa und Asien vertreten, u. a. in Frankreich, Griechenland, Schweden, Schweiz, Polen, Rumänien Slowenien u. Tschechien (Schaar 2020). Westfleisch ist außer in Deutschland ebenso in Polen, Rumänien, Ungarn, Litauen und China aktiv (Westfleisch-Gruppe 2018, S. 8).

Struktur als national kompakte und ausgewogene angepriesen wird. Es ginge, so Agrarministerin Klöckner zur Arbeitsmigrant*innen-Situation März 2020, um den Erhalt der [...] flächendeckenden, multifunktionalen heimischen Landwirtschaft.“ (Schürer 2020)

Was sagt die Wissenschaft dazu in Zeiten der Corona-Krise? Wird verstärkt darüber nachgedacht, welche Ökonomien in welchen Bereichen wie produzieren und in welchen Konstellationen und mit welchen Folgen? Hier wird selbst in der Krise die Gleichmacherei aller Wirtschaftsakteure fortgesetzt – in gehabter Verbreitung aller Wirtschaftsakteure in der üblichen Gegenüberstellung von „Angebotlern“ und „Nachfragern“. Zum „Corona-Krieg“ forderte z. B. Hans-Werner Sinn am 16.03.2020 in diesem üblichen Denkschemata, dass in der jetzigen Situation dringend angebotsfördernde Maßnahmen erfolgen müssten:

„Eine heftige Rezession ist nicht mehr zu vermeiden. Manche Ökonomen schlossen daraus, dass man dagegen nun mit nachfragestimulierenden Maßnahmen angehen sollte. Diese Position überzeugt nicht wirklich, denn die Weltwirtschaft leidet nicht unter einem Nachfrage-, sondern unter einem Angebotsmangel. [...] nachfragestimulierende Maßnahmen könnten sogar kontraproduktiv sein, denn sie würden dem gesundheitspolitisch Gebotenen entgegenwirken, weil sie die Kontaktaufnahme der Menschen fördern.“ (Sinn 2020)

Kann dieses Herangehen weiter überzeugen? Wer wurde genau damit adressiert? Deutsche Nachfrager? Europäische? In Italien, wo ca. 5 Millionen unter der Armutsgrenze leben, hatten jedenfalls am gleichen Tag, also am 16.03.2020, die ersten „Nachfrager“ in Süditalien und Neapel wider dem „gesundheitspolitisch Gebotenen“ versucht, Lebensmittelmärkte zu plündern, weil sie hungerten (Nicoletti 2020).

Hier wird der unsinnige Streit um Angebot versus Nachfrage zu Lasten der Betroffenen fortgesetzt – ebenso eine Folge der nach wie vor üblichen Annahme, dass Zusammenhänge mittels Funktionsgleichungen ermittelt werden können, bei denen nachgefragte Güter und angebotene Waren zu einem „Warenbrei“ vermengt werden und das, obwohl der ewige Streit um die Frage, ob das Angebot vor der Nachfrage oder die Nachfrage vor dem Angebot priorisiert werden soll – aufgrund der mathematisch gegenseitigen Abgängigkeit der beiden Variablen dabei – letztlich gar nicht beantwortet werden kann.

Zudem wird mit dem verwendeten Vokabular verdeckt, um welche Abhängigkeitsverhältnisse es dabei geht, denn „Anbieter“ „bieten“ nicht nur, sondern müssen ihre Waren innerhalb der Konkurrenzökonomie sprichwörtlich um jeden Preis loswerden. Und „Nachfrager“ fragen nicht nur – egal in welcher Ökonomie – sondern haben immer einen existenziellen Bedarf. Zu diesem grundsätzlichen Bedarf gehörten unter Walter Eucken nach dem Zweiten Weltkrieg

noch Nahrungsmittel, Wohnen, Energie und Verkehr, welche daher subventioniert wurden. Sie waren der „Preis der Marktwirtschaft“ (Zündorf 2006).

Die Corona-Pandemie führte zu Beginn des Ausbruchs dazu, über wenigstens diese Bereiche neu nachzudenken, während für alle anderen Bereiche gehofft wurde, in alter Manier bald wieder „durchstarten“ zu können. Ermöglichen soll dies der „Staat“ mit Milliarden Euro Finanzhilfen. Hier wird – wieder einmal – ein Akteur ins Spiel gebracht, der gerade seitens von Ökonom*innen ansonsten Jahrzehnte diskreditiert wurde.

2.3 Zur Rolle des Staates

Für Ökonom*innen ist es selbstverständlich, dass die „[...] Maßnahmen, die die Firmen und Banken vor Insolvenzen retten, damit sie nach der Überwindung der Seuche wieder durchstarten können [...]“ (Sinn 2020), vom Staat ergriffen werden. In einer Ökonomie, die von vornherein gedacht wird als „[...] economy in which decisions about production and consumption are made by individual producers and consumers“ (Krugman und Wells 2015, S. 3), kommt ein Staat als ökonomischer Akteur nicht vor. In Krisenzeiten allerdings wird wie selbstverständlich nach ihm gerufen, was schon 2009 der damalige deutsche Bundesminister der Finanzen kritisch konstatierte, wenn „[...] in der Krise eine Renaissance des Staates [...]“ als selbstverständlich thematisiert wird, den man sonst seitens der Ökonm*innen „[...] weitgehend als Störfaktor in der Wirtschaft [...]“ sieht, „[...] den man möglichst weit heraushalten wollte [...]“ (Schäuble 2009).

Eine Institution, die von allen Arbeitnehmer*innen sowie allen Unternehmen eines Landes einen beträchtlichen Anteil an Steuern einnimmt, sofern sich diese dem nicht auf illegale Weise entziehen, als ökonomisch nicht existent zu erklären, gehört ebenfalls zum fehlenden Reflektionsvermögen der herrschenden Ökonomik und zeigt die große Diskrepanz zwischen tatsächlichen Geschehnissen und der behaupteten Nichtrelevanz des Staates in der Ökonomik. Im politischen Kampf um die vorherrschende Wirtschaftsordnung wurde aus der Diametralität Kapitalismus versus Sozialismus die der Marktwirtschaft versus Planwirtschaft. Während in erster – Kapitalismus versus Sozialismus – ein wichtiges zentrales Entscheidungskriterium im Eigentum lag: Privateigentum an Produktionsmitteln versus behördlich kontrolliertes Eigentum an Produktionsmitteln (Schumpeter 1946), wurde mit der Gleichsetzung von Kapitalismus versus Sozialismus und Marktwirtschaft versus Planwirtschaft suggeriert, das entscheidende und vorrangige Entscheidungskriterium sei die Frage von Regulierung und dabei sogar eine Frage der Regulierung an sich, so dass Marktwirtschaft als sowohl Staats-frei als auch regulierungs-frei proklamiert wurde. In der ordoliberalen Version, bei der das

privatkapitalistische Prinzip nicht angetastet wurde, wurde der Staat zum „Rahmen“ Setzenden erklärt, was die Debatten noch insoweit verschlimmbesserte, als dass nun über das möglichst geringe „Einmischungspotential“ eines Staates debattiert wurde, ohne dass noch ins Blickfeld geriet, dass der Staat mit seinen Einnahmen nach wie vor Wirtschaftsakteur ist und ohne das noch debattiert wurde, wer alles noch innerhalb der Ökonomie mitreguliert – ob Unternehmen, Lobbyorganisationen, NGO's usw.

Gleichzeitig wurde akteursbezogen erklärt, Regulieren und Planen sei eine „Anmaßung von Wissen“ (Hayek 2001). Diese „Anmaßung“ jedoch findet statt und dies ist umso deutlicher sichtbarer, je weniger relevante Akteure existieren – so, wie sich im Lebensmitteleinzelhandel Edeka, Rewe, Schwarz und Aldi in Deutschland 85 % des Absatzmarktes teilen; oder nur ein Unternehmen beherrscht eine ganze Branche wie Google 90 % des deutschen Suchmaschinenmarktes; oder es geht sogar um die weltweite Beherrschung eines Marktes – so wie der Saatgutmarkt, der zu zwei Drittel durch die Chemiekonzerne Bayer-Monsanto, Syngenta und Dupont beherrscht wird.

Mit diesen Marktbeherrschungen – deren ungenügende Problematisierung in der Ökonomik auch eine Folge der (schon oben problematisierten) fehlenden Reflexion auf die Entwicklungen im Bereich Wirtschaftsakteure ist – wird die in der Ökonomik bis heute bemühte „invisible hand“ als „unplanned economy“ (Krugman und Wells 2015, S. 2) sichtbar immer obsoleter.

Auch diese Interpretation von einer angeblichen Selbstlenkung des „Marktes“ gehört zum unreflektierten Grundrepertoire der herrschenden Ökonomik. Dieser wird als sich selbst regulierende „Koordination“ (Samuelson und Nordhaus 2007, S. 52) angepriesen – jüngst mittlerweile sogar im genannten gleichen Standardlehrbuch von 2016 gar als Akteur, indem enthusiastisch gefragt wird: „Wer löst die drei Grundfragen wirtschaftlicher Organisation, nämlich was, wie und für wen produziert wird?“ (Samuelson und Nordhaus 2016, S. 50)

3 Wider die Selbstüberlassung wirtschaftlicher Vorgänge an eine nicht reflektierte Ökonomik

Ja – wer löst diese Grundfragen wirtschaftlicher Organisation? Organisationen sind menschengemachte Einrichtungen. Kein „Markt“ existiert daher „an sich“ oder sich selbst regulierend, sondern Märkte sind organisiert. Sie sind Regulierungsformen des sozialen Lebens (Pirker 2004). Ebenso ist jede Marktökonomie daher eng mit der Legislative, Exekutive und Judikative eines Staates verbunden – ohne diese enge Verwobenheit wären

weder die unternehmensfreundlichen Gesetzgebungen erklärbar noch umgekehrt die politisch oft schwer durchsetzbaren Entscheidungen gegen Unternehmensinteressen.

Auch hier wird die Corona-Pandemie zeigen, inwieweit die Politik sich im Zuge der Krisenbewältigung emanzipieren kann oder – wie in der Finanzkrise ab 2008 geschehen – nur von Unternehmensinteressen getrieben agiert und „Staatsschulden“ anhäuft, ohne das Reglement – im damaligen Fall das Agieren auf den Finanzmärkten – wirksam neu zu reglementieren.

Seitens der führenden Ökonom*innen ist zur aktuellen Tagespolitik zwar eine „Abkehr von der reinen Lehre“ (Kohlmann 2020) zu beobachten, wenn das Aufgeben der „Schwarzen Null“ im Bundeshaushalt und massive Staatshilfen gefordert werden sowie sogar Staatsbeteiligungen für Unternehmen. Wesentlicher für die Zukunft aber wird sein, in Reflexion der nicht nur gegenwärtigen Situation diese „reine Lehre“ endlich umzustellen auf eine, welche die ökonomischen Entwicklungen einschließlich deren Folgen reflektiert, dies so adäquat wie möglich und sich dabei endlich der eigenen performativen Verantwortung dabei stellt.

Literatur

- Balcerowiak, Rainer (2020): Landwirtschaft in Corona-Zeiten: Die "Spargel-Krise". In: *Cicero*, 31.3.2020. URL: <https://www.cicero.de/innenpolitik/landwirtschaft-corona-zeiten-spargel-krise-saisonarbeiter> (dl 03.04.2020).
- Bayrische Landesanstalt für Landwirtschaft (2016): *Agrarmärkte 2016*. Schriftenreihe Nr. 7.
- Bönte, Michael (2020): "Ohne Mindeststandards der Krankheit schutzlos ausgeliefert" Kossen verurteilt den Umgang mit Arbeitsmigranten in der Corona-Krise. In: *Kirche+Leben*, 2.3.2020. URL: <https://www.kirche-und-leben.de/artikel/kossen-verurteilt-den-umgang-mit-arbeitsmigranten-in-der-corona-krise/> (dl 03.04.2020).
- Boulding, Kenneth Ewart (1971): *Collected papers: Political Economy*. Boulder: Colorado Associated University Press.
- Callon, Michael (2007): What Does It Mean to Say Economics Is Performative? In: MacKenzie, Donald; Muniesa, Fabian; Siu, Lucia (Hg.): *Do Economists Make Markets? On the Performativity of Economics*. Princeton: University Press, S. 311–357.
- Cezanne, Wolfgang (2005): *Allgemeine Volkswirtschaftslehre*. München Wien: Oldenbourg Verlag.

- Desrosières, Alan (2005): *Die Politik der großen Zahlen*. Berlin Heidelberg New York: Springer Verlag.
- Fichte, Johann Gottlieb (1800): *Der geschlossene Handelsstaat*. Tübingen: Gotta'sche Buchhandlung.
- Frambach, Hans A. (1993): *Die Evolution moderner ökonomischer Kategorien*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Giddens, Anthony (1997): *Die Konstitution der Gesellschaft: Grundzüge einer Theorie der Strukturierung*. Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Hayek, Friedrich A. (Hg.) (2001): *Die Anmaßung von Wissen*. Tübingen: J.C.B. Mohr Siebeck.
- Heinrich-Böll-Stiftung, et al. (2018): *Fleischatlas 2018*. Paderborn: Bonifatius GmbH Druck-Buch-Verlag.
- Hermann, Friedrich Benedict Wilhelm von (1832): *Staatwirthschaftliche Untersuchungen über Vermögen, Wirthschaft, Pruductivität der Arbeiten, Kapital, Preis, Gewinn, Einkommen und Verbrauch*. München: Weber'sche Buchhandlung.
- Kohlmann, Thomas (2020): Corona: Verstaatlichung von Unternehmen als letztes Mittel? In: *dw akademie*, 19.3.2020. URL: <https://www.dw.com/de/corona-verstaatlichung-von-unternehmen-als-letztes-mittel/a-52825967> (dl 12.04.2020).
- Krugman, Paul; Wells, Robi (2015): *Economics*. New York: Worth Publishers.
- Leopold, Sabine (2020): Erster Corona-Todesfall unter osteuropäischen Erntehelfern. In: *agrarheute*, 17.4.2020. URL: <https://www.agrarheute.com/land-leben/erster-corona-todesfall-osteuropaeischen-erntehelfern-567449> (dl 05.05.2020).
- MacKenzie, Donald (2006): *An Engine, Not a Camera*. How Financial Models Shape Markets. Cambridge, Massachusetts, London: MIT Press.
- (2007): Is Economics Performative? In: MacKenzie, Donald; Muniesa, Fabian; Siu, Lucia (Hg.): *Do Economists Make Markets? On the Performativity of Economics*. Princeton: University Press, S. 54–86.
- MacKenzie, Donald; Millo, Yuval (2003): Constructing a Market, Performing Theory – The Historical Sociology of a Financial Derivatives Exchange. In: *American Journal of Sociology* 109 (1), S. 107–145.

- Nicoletti, Walter (2020): La rivolta del sud, Viminale e 007 avvertono. In: *Voce Spettacolo*, 28.3.2020. URL: <https://www.dw.com/de/corona-verstaatlichung-von-unternehmen-als-letztes-mittel/a-52825967> (dl 12.04.2020).
- Pirker, Reinhard (2004): *Märkte als Regulierungsformen sozialen Lebens*. Marburg: Metropolis Verlag.
- Puhl, Jan (2020): Ärzte? Abgewandert. In: *Der Spiegel*, 21.3.2020. URL: <https://www.spiegel.de/politik/ausland/coronavirus-osteuropa-schottet-sich-ab-a-01103aed-309a-44ea-ad7c-ac884193a12d> (dl 09.06.2020).
- Putnoki, Hans; Hilgers, Bodo (2013): *Große Ökonomen und ihre Theorien: ein chronologischer Überblick*. Weinheim: WILEY-VCH Verlag.
- Robbins, Lionel (1932): *An Essay on the Nature and Significance of Economic Science*. London: Macmillian.
- Robert Koch Institut (2020): Täglicher Lagebericht des RKI, 22.3.2020. URL: https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Situationsberichte/2020-03-22-de.pdf?__blob=publicationFile (dl 09.06.2020).
- Rothschild, Kurt W. (1997): Macht: Die Lücke in der Preistheorie. In: Held, Martin (Hg.): *Normative Grundfragen der Ökonomik: Folgen für die Theoriebildung*. Marburg: Metropolis Verlag, S. 15–32.
- Samuelson, Paul A.; Nordhaus, William D. (2007): *Volkswirtschaftslehre*. New York: McGraw-Hill.
- (2016): *Volkswirtschaftslehre*. New York: McGraw-Hill.
- Schaar, Jörn (2020): VION - ein internationaler Fleischproduzent, 13.5.2020. URL: <https://www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/Vion-Ein-internationaler-Fleischproduzent,vion146.html> (dl 20.05.2020).
- Schäuble, Wolfgang (2009): Rede von Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble an der London School of Economics am 18. Februar 2009 in London. In: *Seite Wolfgang Schäuble*, 18.2.2009. URL: <https://www.wolfgang-schaeuble.de/rede-von-bundesminister-dr-wolfgang-schaeuble-an-der-london-school-of-economics-am-18-februar-2009-in-london/> (dl 04.04.2020).
- Schulmeister, Stephan (2013): Realkapitalismus und Finanzkapitalismus – zwei "Spielanordnungen" und zwei Phasen des „langen Zyklus“. In: Kromphardt, Jürgen (Hg.):

- Weiterentwicklung der Keynes'schen Theorie und empirische Analysen.* Marburg: Metropolis Verlag, S. 115–169.
- Schumpeter, Joseph A. (1946): *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie.* Bern: Francke Verlag.
- Schürer, Julia (2020): Corona-Krise. Klöckner: Lage der Ernährungsbranche "sehr angespannt". In: *agrar heute*, 26.3.2020. URL: <https://www.agrarheute.com/politik/kloeckner-lage-ernaehrungsbranche-sehr-angespannt-566687> (dl 04.04.2020).
- Sinn, Hans-Werner (2020): Der Corona-Krieg. In: *Project Syndicate*, 16.3.2020. URL: <https://www.project-syndicate.org/commentary/coronavirus-good-and-bad-policy-response-by-hans-werner-sinn-2020-03/german> (dl 04.04.2020).
- Spiller, Achim, et al. (2005): *Sicherstellung der Wertschöpfung in der Schweineerzeugung: Perspektiven des Nordwestdeutschen Modells. Gutachten im Auftrag der Westfälischen Stiftung Landschaft.* Göttingen: Institut für Agrarökonomie der Universität.
- Steuart, James (1796): *An Inquiry into the Principles of Political Economy, Vol. IV.* Basil: Tourneisen.
- The World Bank (2016): Agricultural land, 18.5.2016. URL: <https://data.worldbank.org/indicator/AG.LND.AGRI.K2> (dl 09.06.2020).
- Tönnies Holding ApS & Co. KG (2020): Unternehmenshistorie. In: *tönnies.de*, 2020. URL: <https://toennies.de/unternehmen/historie/> (dl 20.05.2020).
- Verhaagh, Mandes, et al. (2017): *Pig Report 2017.* Braunschweig: Thünen-Institut.
- Westfleisch-Gruppe (2018): *Geschäftsbericht 2018.* Münster: Westfleisch-Gruppe.
- Wildmann, Lothar (2014): *Einführung in die Volkswirtschaftslehre, Mikroökonomie und Wettbewerbspolitik.* München: Oldenbourg Verlag.
- Woll, Artur (2014): *Volkswirtschaftslehre.* München: Verlag Franz von Vahlen.
- Zündorf, Irmgard (2006): *Der Preis der Marktwirtschaft. Staatliche Preispolitik und Lebensstandard in Westdeutschland 1948 bis 1963.* München: Franz Steiner Verlag.